

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Ausschusses für Umwelt und Verkehr** der Stadt Burgdorf am **22.02.2010** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1,

16.WP/UmVerkA/024

Beginn öffentlicher Teil: 16:30 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:28 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:27 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:32 Uhr

Anwesend: stellv. Vorsitzender

Degenhard, Walter

Mitglied/Mitglieder

Alker, Rudolf
Fleischmann, Michael
Heldt, Gabriele
Lüddecke, Dieter
Plaß, Barthold
Rickert, Heidrun
Rohde, Paul

stellv. Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut

Vertretung für Frau Maria
Leykum

Beratende/s Mitglied/er

Bertram, Carsten

**Naturschutzbeauftragter der Re-
gion Hannover**

Jatzkowski, Günther

Vertreter des Seniorenrates

Böhmer, Horst

bis Ende öffentlicher Teil

Verwaltung

Baxmann, Alfred
Frerichs, Peter
Herbst, Rainer
Vierke, Silke

bis TOP 7

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 12.11.2009
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen gemäß Geschäftsordnung
5. Erlass einer Satzung zum Schutz des Landschaftsbestandteiles "Kleiner Teich" gem. § 28 Niedersächsisches Naturschutzgesetz; Bezugsvorlage 2009 0570
Vorlage: 2009 0677
6. Ausbauprogramm für den "Gewerbepark Nordwest" 1. Abschnitt
Vorlage: 2010 0681
7. Einziehung eines Teilbereichs der öffentlichen Straße "Osttangente"
Vorlage: 2010 0691
8. Ausbauprogramm "Blücherstraße"
Bezugsvorlage Nr. 2008 0357
Vorlage: 2010 0693
9. Straßenbeleuchtung - Auswahl einer dekorativen Leuchte
Vorlage: 2010 0696
10. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Degenhard begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. **Herr Herbst** bat die Tagesordnung um den Punkt „Vertrauliche Mitteilungen“ zu erweitern. Die so geänderte Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 12.11.2009

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr am 12.11.2009 wurde einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Herbst teilte mit,

- a) auf Nachfrage hat die Nieders. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) erklärt, dass die Auswertung der Verkehrszählung auf der Hauptstraße in Sorgensen in Höhe des Kindergartens noch nicht vorliegt.
- b) Die NLStBV hat den Antrag der Stadt auf Ausstattung des Geländers der Radwegeüberführung der B 188 im Zuge der L 311 mit Reflektorenfolie abgelehnt. Zur Begründung wurde darauf verwiesen, dass eine Verkehrsgefährdung nicht besteht und somit keine Maßnahmen erforderlich sind.
- c) Der Störfall auf der Kläranlage Ende Januar 2010 wurde ausgelöst durch die 1. Schneeschmelze und den dadurch bedingten Temperaturabfall in den Belebungsbecken. Die Überwachungswerte für Phosphor, Stickstoff und Kohlenstoff konnten dadurch nicht mehr eingehalten werden. Durch Zugabe von sog. Impfschlamm sind die Werte jetzt wieder stabil.
- d) Anlieger der Lehrter Straße / Heeßeler Kirchweg haben sich an die Verwaltung gewandt mit der Bitte um Ausbau des Gehweges auf der Westseite der Lehrter Straße zwischen Finanzamtunnel und Heeßeler Kirchweg. Auf diesem Teilstück wurden im letzten Jahr Erdarbeiten durchgeführt. Dadurch ist das Wegestück fußläufig nicht mehr gut begehbar. Die Firma wurde von der Stadt im Rahmen der Gewährleistung bereits aufgefordert, hier nachzubessern. Für eine Pflasterung des Teilgehweges würden Kosten in Höhe von ca. 10.000,00 € entstehen. Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Die Ausschussmitglieder verständigten sich, den Bereich zunächst vor Ort anzusehen und in der nächsten Sitzung darüber zu beraten.
- e) Die Schaltungen der Lichtsignalanlagen
- Kreuzung Hochbrücke / Bahnhofstraße / Marktstraße / Vor dem Hann. Tor
 - Kreuzung Marktstraße / Poststraße
 - Fußgängerüberweg Rathaus I
 - Fußgängerüberweg C & A
- werden im Zuge der nächsten Wartung auf das sog. Nachtprogramm umgeschaltet. Dieses bedeutet eine verkehrsabhängige Schaltung. Für die Fußgänger verlängert sich die Grünzeit von 7 auf 10 Sekunden. Die Anforderungszeiten der Fußgänger verringern sich von max. 90 auf max. 70 Sekunden. Durch die verkehrsabhängige Schaltung sind aber auch minimale Wartezeiten von 10 Sekunden möglich. Die Busbeschleunigung wird durch die Umstellung nicht beeinträchtigt. Die RegioBus sieht für sich Vorteile.

Auf Nachfrage von Herrn Fleischmann erklärte **Herr Herbst**, dass für die Kreuzung Schwarzer Herzog der Straßenbaulasträger eine erneute Überprüfung zugesagt habe.

- f) Für die Verkehrsüberwachung wird in Kürze eine neue Kamera der Fa. Leica angeschafft, da die vorhandene Kamera gesetzlich nicht mehr zulässig ist. Das neue System wird regionsweit eingesetzt. Für eine gestaffelte Auswertung (wie sie bislang den Niederschriften beigelegt wurde) ist die Beschaffung eines Zusatzmoduls erforderlich. Hierfür entstehen Kosten in Höhe von rd. 600,00 €. Haushaltsmittel stehen zur Verfügung. Die Auswertung wird künftig in Ronnenberg erfolgen, so dass die Zahlen der Verwaltung erst später vorliegen.
- g) Auf der Grünfläche Braunschweiger Straße vor dem Gümmekekanal muss

eine morsche Linde gefällt werden. Zudem ist lt. vorliegendem Gutachten die Standfestigkeit der Solitäreiche im Bereich Vor dem Celler Tor / Ecke Friederikenstraße aufgrund fehlender Restwandstärke nicht mehr gegeben. Die Eiche ist ebenfalls zu fällen.

- h) Die Winterdienstgesamtkosten (Lohn-, Fahrzeugstunden und Streumittel) stellen sich derzeit wie folgt dar:

Winter 2007/2008	rd. 40.000,00 €
Winter 2008/2009	rd. 130.000,00 €
Winter 2009/2010 (Stand 15.02.2010)	rd. 310.000,00 €

Bis heute sind mehr als 1.000 Überstunden der Bauhofmitarbeiter angefallen. Die Haushaltsmittel müssen voraussichtlich um rd. 70 – 90.000 € aufgestockt werden. Die Verwaltung wird hierzu eine Vorlage für eine überplanmäßige Ausgabe erstellen. Auf Nachfrage von Herrn Rohde bestätigte **Herr Herbst**, dass der Gärtnerbauhof ebenfalls Winterdienst leistet. Die Zuständigkeit des Gärtnerbauhofs liegt bei den Gehwegen vor städtischen Grundstücken und dem Geh- und Radwegenetz. Für die Gehwege von Schulen und Kindergärten liegen Aufträge für den Winterdienst von den Fachabteilungen vor.

4. **Anfragen gemäß Geschäftsordnung**

Es lagen keine Anfragen vor.

5. **Erlas einer Satzung zum Schutz des Landschaftsbestandteiles "Kleiner Teich" gem. § 28 Niedersächsisches Naturschutzgesetz; Bezugsvorlage 2009 0570 Vorlage: 2009 0677**

Herr Frerichs wies darauf hin, dass der Landesgesetzgeber das Nieders. Naturschutzgesetz gerade geändert hat. In der Präambel muss der Bezug entsprechend neu formuliert werden.

Beschluss:

Einstimmig empfahl der Ausschuss für Umwelt und Verkehr dem Verwaltungsausschuss / Rat,

- 1. die eingegangenen Anregungen und Bedenken zur Kenntnis zu nehmen und sich den in der Vorlage Nr. 2009 0677 formulierten Abwägungsvorschlägen anzuschließen,**
- 2. die als Anlage 2 zur Vorlage 2009 0677 beigefügte Satzung zum Schutz des Landschaftsbestandteiles „Kleiner Teich“ in der Gemarkung Hülptingen gem. § 28 NNatG zu beschließen.**

6. **Ausbauprogramm für den "Gewerbepark Nordwest" 1. Abschnitt Vorlage: 2010 0681**

Herr Herbst erläuterte die Vorlage und beantwortete Nachfragen zu Zufahrtsmöglichkeiten und der Anschlusspflicht für Niederschlagswasser. Die Querung des Radverkehrs im Einmündungsbereich der Straße A 1 erfolgt analog der vorhandenen Querung in der Weserstraße. **Frau Heldt** bat, zusätzliche Leerrohre im Kreuzungsbereich zu verlegen, damit zu einem späteren Zeitpunkt die mögliche Installation einer Lichtsignalanlage unproblematisch möglich ist.

Beschluss:

Bei einer Gegenstimme empfahl der Ausschuss für Umwelt und Verkehr dem Verwaltungsausschuss, den Ausbau der öffentlichen Verkehrs- und Grünflächen im Gewerbepark Nordwest 1. Abschnitt wie in der Vorlage Nr. 2010 0681 dargestellt mit folgender Änderung:

In der Anlage 4 wird unter Punkt 4 und 6 der Bordstein sowie der Flachbord-Kurvenstein auf Betonrückenstütze C20/C25 (vorher C12/C15) hergestellt.

**7. Einziehung eines Teilbereichs der öffentlichen Straße "Osttangente"
Vorlage: 2010 0691**

Beschluss:

Einstimmig empfahl der Ausschuss für Umwelt und Verkehr dem Verwaltungsausschuss, entsprechend § 8 NStrG das Verfahren für die vorgesehene Einziehung der als Gemeindestraße gewidmeten provisorisch angelegten Zufahrt zur „Osttangente“ vom „Dachmiser Weg“ bis zur „Osttangente 2. Bauabschnitt“ einzuleiten.

**8. Ausbauprogramm "Blücherstraße"
Bezugsvorlage Nr. 2008 0357
Vorlage: 2010 0693**

Herr Herbst erläuterte die Vorlage und berichtete von der Anliegerversammlung. Aufgrund des Wunsches der Anlieger, auf Parkplätze und Bäume zu verzichten, wurde eine zweite Planung, die eine Befestigung dieses Bereiches ebenfalls mit Asphaltfeinbeton vorsieht, erarbeitet. Aufgrund der höheren Baukosten für Asphalt und der notwendigen Herrichtung einer zweiten Gosse inkl. Regeneinläufen werden die ermittelten Kosten eher um 10.000 € steigen.

In der anschließenden Debatte sprachen sich die Ausschussmitglieder mehrheitlich für Baumpflanzungen im öffentlichen Bereich aus. **Herr Herbst** erklärte die Kriterien für eine Einstufung der Straße. Die Blücherstraße ist danach eine Anliegerstraße.

Herr Fleischmann stellte fest, dass ihn die von der Verwaltung vorgelegten Zahlen wundern und empfahl den Anliegern, diese Zahlen von einem unabhängigen Gutachter überprüfen zu lassen. **Herr Degenhard** und **Herr Alker** erklärten, dass sie keinen Anlass sehen, diese Zahlen zu bezweifeln.

Die anwesenden Anlieger der Blücherstraße erhielten von Herrn Degenhard Rederecht. Es beteiligten sich die Anlieger Herr Ull, Herr Joost, Herr Midden-dorf, Herr Pahl, Frau Wiesner und Frau Wolter. Von den Anliegern wurde bemängelt, dass die auf der Anliegerversammlung vorgelegten Zahlen der Stadtverwaltung nicht detailliert genug dargestellt wurden. Zudem wurde der in der Planung angebotene Parkraum als nicht ausreichend bezeichnet. Ein Baumbestand in der Straße selbst ist nicht notwendig. Zudem wandten sich die Anlieger gegen eine Einstufung der Blücherstraße als Anliegerstraße. Weiter wurden konkrete Fragen zur Beitragsberechnung gestellt. Ein Wunsch der Anlieger war, dass der Ausschuss die Entscheidung verschiebt, um mehr Zeit zu haben, sich zu organisieren und zu informieren.

Herr Fleischmann erklärte, dass er die Vorlage für nicht zustimmungsfähig hält.

Herr Rohde wies auf die Geschäftsordnung hin. Den Anliegern sei hier ein umfangreicheres Rederecht eingeräumt worden, als dies von der Geschäftsordnung vorgesehen sei. Die Zuhörerfragestunde finde im Anschluss an den öffentlichen Teil der Sitzung statt. Er erklärte, dass die CDU-Fraktion heute nicht entscheiden wird. Die Vorlage wird zunächst gemeinsam mit dem Meinungsbild der Anlieger in der Fraktion beraten.

Herr Fleischmann stellte den Antrag, die Beratung um mindestens einen Monat zu verschieben.

Herr Lüddecke stellte den Antrag, heute keine Beschlussempfehlung auszusprechen, in den Fraktionen erneut zu beraten und im Verwaltungsausschuss am 02.03.2010 zu entscheiden.

Beschluss:

Bei einer Gegenstimme beschloss der Ausschuss für Umwelt und Verkehr, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen, in den Fraktionen zu beraten und die Entscheidung in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 02.03.2010 herbeizuführen.

Bei einer Ja-Stimme und 8 Nein-Stimmen lehnte der Ausschuss für Umwelt und Verkehr eine Verschiebung der Beratung um einen Monat ab.

**9. Straßenbeleuchtung - Auswahl einer dekorativen Leuchte
Vorlage: 2010 0696**

Die Ausschussmitglieder baten, Muster der Leuchten in der nächsten Sitzung vorzustellen. Zudem bat **Herr Alker** über eine ergänzende Vorlage die Frage zu beantworten, wer die Kosten trägt.

Beschluss:

Die Vorlage wurde vertagt.

10. Anregungen an die Verwaltung

Frau Rickert bat um eine Aufstellung der Straßenschäden aufgrund des

Winters. Zudem fragte sie, ob die Haushaltsmittel zur Beseitigung der Schäden ausreichen werden. **Herr Lüddecke** ergänzte die Frage um die Bitte, der Politik hierzu eine Prioritätenliste vorzulegen.

Herr Aiker bat darum, dass sowohl Politik als auch Verwaltung sensibel mit dem Thema Winterdienstpflichten umgehen.

Herr Herbst führte aus, dass der Bauhof heute bereits begonnen hat, im Kalteinbau Schäden zu beseitigen. Eine Prioritätenliste gibt es nicht. Zunächst muss sich die Verwaltung einen Überblick verschaffen. Je höher die Verkehrsbelastung ist, um so dringender ist sicherlich auch der Sanierungsbedarf. Es ist aber auch die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Derzeit bereitet die Verwaltung die Jahresausschreibung für Unterhaltungsarbeiten an Straßen vor. Die Massen für Heißeinbau werden dabei von 150 auf 250 t erhöht. Er befürchtet, dass die Haushaltsmittel nicht ausreichen werden.

Herr Fleischmann fragte nach, wann die in der Radtour des Ausschusses vom 13.08.2009 aufgezeigten Mängel behoben werden. **Herr Herbst** antwortete, dass erste Gespräche mit der Polizei bereits erfolgt sind. Sobald das Wetter es zulässt, finden Ortstermine statt.

Herr Rohde verwies auf die Berichterstattung im Anzeiger für Burgdorf und Lehrte und erklärte, dass es von der CDU-Fraktion keinen Antrag auf Ausweisung der Post- / Braunschweiger Straße zu einer Einbahnstraße gegeben hat. Es wurde lediglich bei der Verwaltung angefragt, ob kurzfristig eine vorübergehende Einbahnstraßenregelung möglich ist. Bei der Beratung im Verwaltungsausschuss hat sich gezeigt, dass von den anderen Ausschussmitgliedern kein Interesse an einer solchen Regelung bestand, von daher wurde das Ansinnen nicht weiter verfolgt. **Herr Herbst** erklärte, dass er an dieser Sitzung des Verwaltungsausschusses nicht teilgenommen hat. Er konnte lediglich bestätigen, dass ein schriftlicher Antrag nicht vorlag.

Herr Rohde bat um Klarstellung, dass der Spittaplatz eine Fußgängerzone ist und nicht zum Parken z. B. von Gottesdienstbesuchern genutzt wird. **Herr Herbst** erwiderte, dass mit dem vorgesehenen Umbau 2012 der Platz so geschlossen wird, dass ein Befahren grds. nicht möglich ist. Bei Veranstaltungen (z. B. Weinfest) auf dem Platz wird über eine Schranke, versenkbare Poller o. ä. die Zugänglichkeit gesichert.

FBeschluss:

Einwohnerfragestunde

Die Fragen und Antworten sind der Anlage 1 zur Niederschrift zu entnehmen.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer